Bayerischer Landtag

2. Legislatur-Periode

Tagung 1953/54

Beilage 5210

Nr. III 1809 B o 9 a 2

Der Bayerische Ministerpräsident

München, den 6. März 1954

An den

Herrn Präsidenten
des Bayerischen Landtags

München

Betreff:

Entwurf eines Dritten und Vierten Gesetzes*)
zur Änderung und Ergänzung des Besoldungs-
rechts

Beilagen:

2 Entwürfe mit Begründung

Auf Grund Beschlusses des Ministerrats vom 2. März 1954 unterbreite ich anliegend unter Bezugnahme auf die Landtagsbeschlüsse vom 23. Juni 1953 (Beilage 4285) und vom 6. Mai 1953 (Beilage 4100) die vorbezeichneten Gesetzentwürfe der Staatsregierung mit der Bitte um weitere verfassungsmäßige Behandlung.

Die Entwürfe sind gleichzeitig dem Bayerischen Senat mit der Bitte um Kenntnisnahme und etwaige gutachtliche Äußerung zugeleitet worden.

(gez.) Dr. Ehard,

Bayerischer Ministerpräsident

*) Der Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts ist gedruckt auf Beilage 5211.

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts

Artikel 1

Die Besoldungsordnung für die planmäßigen Beamten der Bayer. Staatsverwaltung — Anlage 1 zum Besoldungsangleichungsgesetz vom 27. März 1939 (GVBl. S. 59) in der Fassung des Zweiten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts vom 28. April 1953 (GVBl. S. 45) — wird wie folgt geändert:

1. Es wird eingefügt:

a) in Besoldungsgruppe A 1 a:

„Amtsgerichtspräsidenten als Leiter von Amtsgerichten mit 40 bis 59 richterlichen Planstellen,

Oberstaatsanwalt als Leiter der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht München I“,

b) in Besoldungsgruppe A 1 b:
„Amtsgerichtsdirektoren⁶⁾,
Arbeitsgerichtsdirektoren,
Finanzgerichtsdirektoren,
Landgerichtsdirektoren⁶⁾,
Oberlandesgerichtsräte,
Oberstaatsanwälte⁶⁾, soweit nicht in der Besoldungsgruppe A 1 a,
Sozialgerichtsdirektoren,

⁶⁾ Amtsgerichtsdirektoren als ständige Vertreter der Amtsgerichtspräsidenten oder als Leiter von Amtsgerichten mit 15 bis 39 richterlichen Planstellen,
Landgerichtsdirektoren als ständige Vertreter der Landgerichtspräsidenten bei Landgerichten mit 60 und mehr richterlichen Planstellen im Bezirk,
Oberstaatsanwälte als ständige Vertreter der Generalstaatsanwälte oder als Leiter von Staatsanwaltschaften bei Landgerichten mit 60 und mehr richterlichen Planstellen im Bezirk, erhalten eine unwiderrufliche und ruhegehaltfähige Stellenzulage von 600 DM“.

c) in Besoldungsgruppe A 2 b:
„Amtsgerichtsräte, soweit nicht in der Besoldungsgruppe A 2 c 2,

Erste Staatsanwälte,

Landgerichtsräte, soweit nicht in der Besoldungsgruppe A 2 c 2,

Oberamtsrichter,

Oberarbeitsgerichtsräte⁷⁾,

Oberfinanzgerichtsräte,

Obersozialgerichtsräte,

Staatsanwälte, soweit nicht in der Besoldungsgruppe A 2 c 2,

⁷⁾ Beamte, die am 31. März 1954 mit der Amtsbezeichnung „Arbeitsgerichtsdirektor“ oder „Landesarbeitsgerichtsdirektor“ im Amt waren, behalten für ihre Person diese Amtsbezeichnung“.

d) in Besoldungsgruppe A 2 c 2:

„Amtsgerichtsräte, soweit nicht in der Besoldungsgruppe A 2 b,

Arbeitsgerichtsräte,

Finanzgerichtsräte,

Landgerichtsräte, soweit nicht in der Besoldungsgruppe A 2 b,

Sozialgerichtsräte,

Staatsanwälte, soweit nicht in der Besoldungsgruppe A 2 b“,

e) in Besoldungsgruppe B 8:

„Amtsgerichtspräsidenten als Leiter von Amtsgerichten mit 60 und mehr richterlichen Planstellen,

Landgerichtspräsidenten als Leiter von Landgerichten mit 60 und mehr richterlichen Planstellen im Bezirk“;

es wird gestrichen:

a) in Besoldungsgruppe A 1 b:

„Direktoren der Oberversicherungsämter⁸⁾“,
Fußnote 2.

Artikel 2

In der dem Reichsbesoldungsgesetz vom 16. Dezember 1927 (RGBl. I S. 349) als Anlagen beigegebenen Besoldungsordnungen A (aufsteigende Gehälter) und B (feste Gehälter) in der Fassung der Anlagen 1 und 4 zu dem Gesetz zur Ergänzung des Reichsbesoldungsrechts und des Reisekostenrechts vom 30. März 1943 (RGBl. I S. 189) wird gestrichen:

- a) in Besoldungsgruppe A 1 a:
 „Amtsgerichtspräsidenten als Leiter von Amtsgerichten mit mehr als 450 000 Einwohnern im Bezirk, soweit nicht in den Besoldungsgruppen B 7 a und B 8¹⁾“,
 Fußnote 1,
- b) in Besoldungsgruppe A 1 b:
 „Amtsgerichtsdirektoren als Leiter von Amtsgerichten mit mehr als 175 000 Einwohnern im Bezirk¹⁾,
 Landgerichtsdirektoren²⁾,
 als Abteilungsleiter bei den Oberlandesgerichten²⁾,
 Oberstaatsanwälte
 als Leiter von Staatsanwaltschaften bei Landgerichten mit mehr als 400 000 Einwohnern im Bezirk, soweit deren Präsidenten in der Besoldungsgruppe B 8 stehen“,
 Fußnote 1,
 Fußnote 2,
- c) in Besoldungsgruppe A 2 b:
 „Amtsgerichtsdirektoren, soweit nicht in der Besoldungsgruppe A 1 b¹⁾,
 Landgerichtsdirektoren, soweit nicht in der Besoldungsgruppe A 1 b,
 Oberlandesgerichtsräte²⁾ ³⁾,
 Oberstaatsanwälte, soweit nicht in der Besoldungsgruppe A 1 b“,
 Fußnote 1,
 Fußnote 2,
 Fußnote 3,
- d) in Besoldungsgruppe A 2 c 1:
 „Erste Staatsanwälte¹⁾,
 Oberamtsrichter¹⁾“,
- e) in Besoldungsgruppe A 2 c 2:
 „Amtsgerichtsräte,
 Landgerichtsräte,
 Staatsanwälte“,
- f) in Besoldungsgruppe B 8:
 „Landgerichtspräsidenten bei Gerichten mit mehr als 400 000 Einwohnern im Bezirk, soweit nicht in den Besoldungsgruppen B 7 a und B 7 b¹⁾“,
 Fußnote 1.

Artikel 3

Das Besoldungsdienstalter der Beamten, die durch dieses Gesetz in eine andere Besoldungsgruppe übergeführt werden, ist so festzusetzen, wie wenn die Beamten am Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes in ihre neue Besoldungsgruppe befördert worden wären.

Einweisungen in die im Zusammenhang mit diesem Gesetz im Haushalt 1954 gehobenen oder neu geschaffenen Planstellen erfolgen bis zum 31. Dezember 1954 rückwirkend auf den Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes.

Artikel 4

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Justiz die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften zu erlassen.

Artikel 5

Dieses Gesetz tritt am 1. April 1954 in Kraft.

*

Begründung

Die zur Zeit gültige Besoldungsordnung für die Beamten der Bayer. Staatsverwaltung findet sich für die Beamten der früheren bayerischen Landesverwaltungen in der Anlage 1 zum Besoldungs-Angleichungsgesetz vom 27. März 1939 (GVBl. S. 59) in der Fassung des Zweiten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts vom 28. April 1953 (GVBl. S. 45). Die Besoldungsordnung für die Beamten der früheren Reichsverwaltungen dagegen ist in der Anlage 1 des Reichsbesoldungsgesetzes vom 16. Dezember 1927 (RGBl. I S. 349) in der Fassung des Reichsgesetzes vom 30. März 1943 (RGBl. I S. 189) zu finden.

Bis zur Bekanntmachung des bayerischen Besoldungsgesetzes nach der Ermächtigung in Art. 9 des Gesetzes vom 28. April 1953 (GVBl. S. 45) müssen daher Änderungen der Besoldungsordnung in der Weise erfolgen, daß alle Neuerungen in die bayerische Besoldungsordnung einzufügen sind, während die entsprechenden Streichungen zum Teil in der bayerischen Besoldungsordnung (Art. 1 Ziff. 2) und zum anderen Teil in der früheren Reichsbesoldungsordnung vorzunehmen sind (Art. 2).

Zu Art. 1:

Die Änderungen der Besoldungsordnung A bringen die Neuregelung der Besoldung für die Richter und Staatsanwälte der Justizverwaltung und die Richter der Finanz-, Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit.

Zur Verbesserung der Richterbesoldung sind vorgesehen:

1. Die Hebung von 300 Eingangsstellen für Richter und Staatsanwälte in Bes.Gr. A 2 c 2 (4800—8400) in die Bes.Gr. A 2 b (7000—9700) zum Zwecke der Beförderung bewährter Richter und Staatsanwälte ohne Änderung der Aufgaben, Dienstpostenbewertung u. Amtsbezeichnung. Bei einem durchschnittlichen Mehraufwand von 1820 DM ergibt sich ein jährlicher Mehraufwand von
2. Die Oberamtsrichter und Ersten Staatsanwälte werden von Bes.Gr. A 2 c 1 (4800—8800) gleichfalls in die Bes.Gr. A 2 b (7000—9700) gehoben.

Bei 121 in Frage kommenden Beamten und einem durchschnittlichen Mehraufwand von $900 + 40\% = 1260$ DM ergibt sich hiefür ein jährlicher Gesamtaufwand von

546 000 DM.

152 000 DM.

3. Die Amtsgerichtsdirektoren, Landgerichtsdirektoren, Oberstaatsanwälte und Oberlandesgerichtsräte werden von Bes.Gr. A 2 b (7000—9700) in die Bes.Gr. A 1 b (6200—10600) gehoben und erhalten dadurch den Wohnungsgeldzuschuß II.

Bei 257 in Frage kommenden Beamten und einem durchschnittlichen Mehraufwand von etwa 1660 DM beträgt der jährliche Gesamtmehraufwand

427 000 DM.

4. Zur Wahrung des bisherigen Abstandes sollen die bisher in Bes.Gr. A 1 b eingestufteten Amtsgerichtsdirektoren, Landgerichtsdirektoren und Oberstaatsanwälte eine Zulage von 600 DM jährlich erhalten.

Die Mehraufwendungen für diesen verhältnismäßig kleinen Kreis von 16 Personen betragen jährlich

13 440 DM.

5. Außerdem werden noch 10 Hebungen von Bes.Gr. A 2 c 2 nach Bes.Gr. A 2 b und 10 weitere Hebungen von Bes.Gr. A 2 b in die Bes.Gr. A 1 b durchgeführt. Die Mehrkosten hierfür betragen rund

40 000 DM.

Die gesamten Mehrausgaben für die vorgesehenen Maßnahmen zur Verbesserung der Beförderungsverhältnisse in der allgemeinen Justizverwaltung betragen daher

1 178 440 DM.

Diese Maßnahmen sind zum Ausgleich der in der Richterlaufbahn gegenüber der Verwaltungslaufbahn ungünstigen Beförderungsverhältnisse gerechtfertigt aber auch ausreichend. Sie entsprechen auch dem Beschluß des Bayerischen Landtags vom 25. Juni 1953 (Beilage 4285), der ausdrücklich von einer „infolge geringerer Beförderungsmöglichkeiten bestehenden Benachteiligung eines Teiles der bayerischen Richter und Staatsanwälte“ und deren Beseitigung durch „Schaffung neuer Beförderungstellen“ spricht.

Der Gesetzentwurf hat den unbestreitbaren Vorteil, daß die Richterbesoldung ohne Eingriff in das Gefüge der bisherigen Besoldung des höheren Dienstes verbessert werden kann. Er wahrt die Einreihung der Richter und Staatsanwälte in die tragenden Besoldungsgruppen des höheren Dienstes, stört die Besoldungssystematik nicht und schließt Berufungen anderer Beamtengruppen, insbesondere der juristischen Verwaltungsbeamten aus. Für die Richter der übrigen Gerichtsbarkeiten werden nur geringfügige Änderungen hauptsächlich auf dem Gebiete des Stellenplanes erforderlich werden, da dort die Beförderungsverhältnisse im allgemeinen günstiger liegen als im Bereich der Justizverwaltung, soweit nicht überhaupt unterschiedliche Verhältnisse gegeben sind. Die Richter der Finanz-, Sozial- und Arbeitsgerichte sind in den Gesetzentwurf einbezogen. Bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit ist keine Änderung der Besoldungsordnung veranlaßt.

Für die Richter und Staatsanwälte bringt die vorgesehene Regelung eine so beträchtliche Verbesserung ihrer Beförderungsverhältnisse, daß sie wohl damit zufrieden sein können. Nach der Neuregelung treffen in

der Justizverwaltung auf 54% Eingangsstellen 46% Beförderungsstellen in den Besoldungsgruppen A 2 b—A 1 a. Unter Berücksichtigung der vorhandenen Spitzenstellen der Besoldungsordnung B kann damit gerechnet werden, daß etwa für je 1 Eingangsstelle auch je eine Beförderungsstelle zur Verfügung steht. Da die Beamenschaft während ihrer Dienstzeit altersschichtungsmäßig von unten nach oben die vorhandenen Stellen durchwandert, bedeutet dies, daß jeder nur durchschnittlich qualifizierte Jurist in der allgemeinen Justizverwaltung begründete Aussicht hat, mindestens die Besoldungsgruppe A 2 b zu erreichen. Dies entspricht auch den Verhältnissen in der übrigen Staatsverwaltung, in der aber die große Masse der Beamten mit der Befähigung zum Richteramt höchstens den Oberregierungsrat erreicht.

Die finanziellen Auswirkungen halten sich in tragbaren Grenzen. Der Entwurf wird nur etwa ein Drittel der Mehrausgaben des Initiativantrages Dr. Fischer und nicht einmal die Hälfte der Mehrausgaben verursachen, die entstehen würden, wenn man die Richterbesoldung nach dem Vorbild von Hamburg und Hessen regeln würde.

Zu Art. 2:

Die Bestimmung enthält die den in Art. 1 vorgesehenen Änderungen entsprechenden Streichungen in der früheren Reichsbesoldungsordnung.

Zu Art. 5:

Da die Neuregelung der Richterbesoldung vorwiegend im Wege der Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten erfolgt, muß die Auswahl des für die neu geschaffenen oder gehobenen Stellen in Frage kommenden Personenkreises zum großen Teil nach Qualifikationsgrundsätzen erfolgen. Deshalb ist es geboten, die Regelung des sich ergebenden neuen Besoldungsdienstalters nach den hergebrachten Grundsätzen der Festsetzung des Besoldungsdienstalters im Falle der Beförderung zu treffen.

Die Durchführung des Gesetzes setzt in erheblichem Umfang Verbesserungen des Stellenplanes voraus. Diese sind im Wege einer Ergänzungsvorlage zum Haushaltsvoranschlag 1954 vorgesehen. Es ist anzunehmen, daß bis zum Ablauf des Kalenderjahres 1954 der größte Teil aller in Frage kommenden Verbesserungen in der Besoldung der Richter durchgeführt sein wird. Soweit daher Einweisungen in neu zu beschaffende oder zu hebende Planstellen bis 31. Dezember 1954 erfolgen, sind diese rückwirkend auf den Tag des Inkrafttretens des Gesetzes vorzunehmen. Für Maßnahmen, die erst nach diesem Zeitpunkt erfolgen, besteht dagegen keine Veranlassung, Ausnahmen von den Regelvorschriften über die Rückwirkung von Einweisungen in Planstellen zuzulassen.

Zu Art. 5:

Die Richterschaft soll ab 1. April 1954 in den Genuß der vorgesehenen Besoldungsverbesserungen auch dann kommen, wenn dazu erst die stellenplanmäßigen Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Eine entsprechende Ergänzungsvorlage zum Haushaltsvoranschlag 1954 wird eingebracht werden, sobald die endgültige Fassung des Gesetzes abzusehen ist.

Eine Rückwirkung auf das Haushaltsjahr 1953 muß mit Rücksicht auf die Haushaltslage unterbleiben.

Die Deckung für die durch den Vollzug des Gesetzes erforderlichen Mehraufwendungen muß nachträglich bei der Verabschiedung des Haushalts 1954 erst geschaffen werden.